



# Wird das IGI wirklich so teuer, wie die BI behauptet?

## Schutzgemeinschaft Risstal fürchtet „Kostenexplosion“

### IGI Rißtal: Bitte Ball flach halten

Es gibt viele Beispiele von Projekten, die gewaltig teurer wurden, als bei ihrem Start angekündigt. Möglicherweise wird auch das IGI Rißtal einmal in dieser Unruhmeshalle einziehen. Wir wahrscheinlich das ist? Das kann ich zum jetzigen Zeitpunkt nicht sagen. Denn es fehlt eine belastbare Datengrundlage, anhand der ich eine Prognose wagen könnte. Am 19. Februar werden die Gutachten vorgestellt. Dann wird man beispielsweise wissen, wie tragfähig und wie sumpfig der Boden nun wirklich ist. Hätte es der „Schutzgemeinschaft Risstal“ geschadet, diese paar Tage abzuwarten, bevor sie mit ihrer eigenen, wenig belastbaren, Analyse vorpreschte?

WAS MEINEN SIE?  
christoph.schneider  
@suedfinder.de

**Die Bürgerinitiative (BI) „Schutzgemeinschaft Risstal“ fürchtet, dass die Kosten für das Interkommunale Industriegebiet (IGI) Rißtal drastisch steigen und am IGI beteiligte Gemeinden gar in den Ruin treiben könnten. Die Bürgermeister der Gemeinden sind da völlig anderer Meinung.**

VON CHRISTOPH SCHNEIDER

KREIS BIBERACH - Beim IGI Rißtal handelt es sich um eine rund 45 Hektar große Fläche nördlich von Herrlishöfen. Die Stadt Biberach und die Gemeinden Maselheim, Schemmerhofen und Warthausen planen es gemeinsam, die jeweiligen Bürgermeister und der Biberacher OB sind die Köpfe des Zweckverbands, der die Entwicklung des IGI vorantreiben soll.

Gegen das Gewerbegebiet und für den Erhalt des Rißtals engagiert sich seit Mai 2017 die Bürgerinitiative (BI) „Schutzgemeinschaft Risstal“. In einer Mitteilung vom Montagabend warnt die BI, dass die Kosten für

die Erschließung des Geländes explodieren würden, weil wichtige und kostentreibende Faktoren bei der Finanzplanung bisher unberücksichtigt seien. Erich Claus aus Herrlishöfen hat zusammen mit anderen BI-Mitgliedern Zahlen zusammengetragen und kommt zu dem Schluss: „Selbst ohne Bahnanschluss und unter Berücksichtigung der wichtigsten Kosten steigen diese auf über 32 Millionen Euro. Zählt man den erforderlichen Bahnanschluss dazu, werden es circa 45 Millionen

Euro.“

Der Maselheimer Bürgermeister Elmar Braun sagt: „Wie die BI auf diese Zahlen kommt, ist mir völlig schleierhaft.“ Der Schemmerhofer Bürgermeister Mario Glaser ergänzt: „Keiner hat je behauptet, dass es ein IGI zum Nulltarif gibt. Aber der Wirtschaftsplan des Zweckverbands sieht ganz andere Kosten vor. Wir reden hier von acht bis zehn Millionen Euro.“

Was die BI und die Bürgermeister noch sagen, lesen Sie auf Seite 3.



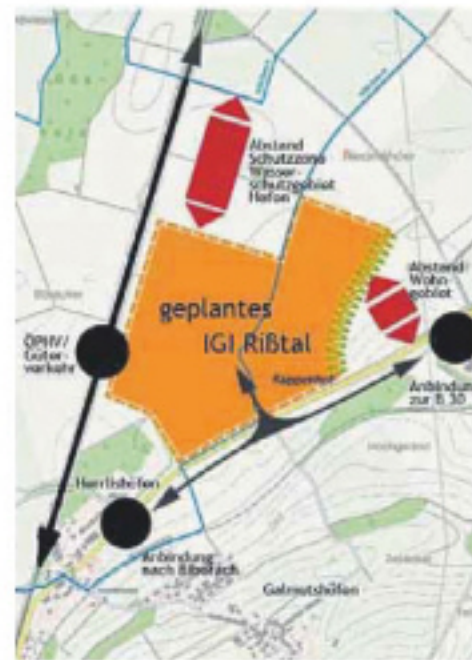
Ein Protestplakat der BI „Schutzgemeinschaft Risstal“ gegen den Bau des Interkommunalen Gewerbegebiets.

Archivfoto: A. Spengler





Blick ins Rißtal (l.) und auf den Lageplan (r.).  
Archivfoto: A. Spengler; Grafik: Stadt Biberach



# Zum Nulltarif keine Erschließung

## Fortsetzung von Seite 1 – Einnahmequelle für Gemeinden

Der Schemmerhofer Bürgermeister Mario Glaser verweist auf den Wirtschaftsplan des IGI Zweckverbands, laut dem die Erschließung rund acht bis zehn Millionen Euro kosten werde. Er sagt: „Aber man darf nicht nur die Ausgabenseite sehen. Man muss auch berücksichtigen, dass wir kostendeckend arbeiten, indem wir die Erschließungskosten auf die sich in dem Gebiet ansiedelnden Unternehmen umlegen.“

Der Maselheimer Bürgermeister Elmar Braun sagt: „Natürlich kostet die Erschließung eines Industriegebiets a Geld – allein schon, um allen gesetzlichen Vorgaben zu genügen. Die BI trägt von ihrer Seite keineswegs dazu bei, das Verfahren zu beschleunigen oder gar günstiger zu halten.“

Der Warthäuser Bürgermeister Wolfgang Jautz spricht vom Nutzen des künftigen IGI: „Steuermittel sind dazu da, beispielsweise Schulen oder Kindergärten oder auch Infrastrukturmaßnahmen anzustoßen. Diese Maßnahmen müssen po-

sitive Auswirkungen auf die Bevölkerung haben. Diese Auswirkungen lassen sich nicht unbedingt über Geldbeträge ausdrücken.“ So profitierten von einem Bahnhof im IGI nicht nur die dort ansässigen Unternehmen, sondern auch die Menschen in der Region. Und: „Ein Industriegebiet stellt für die beteiligten Gemeinden eine gute Einnahmequelle dar. Mit dem dort verdienten Geld können wir uns wiederum um unsere Schulen und den Erhalt der Straßen kümmern.“

Die BI hingegen wirft dem IGI Zweckverband vor, anfallende Kosten wie den Anschluss an Wassernetz, ans Stromnetz oder an das Internet ebenso wenig eingepreist zu haben wie den Hochwasserschutz, das in ihren Augen zwingend notwendige Aufschütten des Bodens und höhere Handwerkerpreise, weil man ins Wasserschutzgebiet baut. Erich Claus erklärt: „In Wasserschutzgebieten dürfen nur speziell ausgewiesene Unternehmen mit besonderen Fahrzeugen arbeiten.“ Außer-

dem handle es sich im Rißtal um einen Niedermoorboden. Es sei schwierig und teuer, dauerhaft auf einem solchen Boden zu bauen. Das könne man ja direkt vor der Tür verfolgen: Wegen sogenannter Moorklumpen musste die B 312 zwischen Jordanbad und Reichenbach erneuert und stabilisiert werden. „Wir vergleichen die Kosten solcher Projekte, um Rückschlüsse auf mögliche Kosten des IGI ziehen zu können“, sagt Claus.

Bürgermeister Braun ist empört: „Glaubt die BI ernsthaft, dass Gemeinderäte und Bürgermeister vor weiteren Entscheidungen weder Fragen stellen noch sich die Zahlen anschauen? Natürlich überprüfen wir immer wieder, ob unser Projekt überhaupt umsetzbar und bezahlbar ist.“

Am Dienstag, 19. Februar, beginnt die öffentliche Versammlung des ZV IGI Rißtal um 17 Uhr im Sitzungssaal des Warthäuser Rathauses. Dort werden unter anderem der Haushaltsplan 2019 sowie diverse Gutachten vorgestellt. (cs)